



Kommentar: Infrastruktur

Private Investitionen ermöglichen

Auf der Suche nach Alternativen zu niedrigen Zinsen und vermeintlich riskanten Aktien haben viele Privatanleger ihr Geld in den letzten Jahren in fragwürdige Investitionen gesteckt. So sind etwa über Lebensversicherungen Milliarden Euro ins Ausland geflossen und oft versickert. Der andere Teil der Sparer hat längst kapituliert und beobachtet hilflos, wie die Inflation die Ersparnisse auf der Bank schmelzen lässt.

Besser wäre es, wenn Anleger diese Gelder in die Infrastruktur hierzulande anlegen könnten: sicher und mit moderaten Renditen. Verkehrs-, Strom- und Datennetze, die Schiene und Schulen könnten so schneller modernisiert werden. Denn durch den staatlich verordneten Sparkurs ist ein Investitionsstau in Milliardenhöhe entstanden.

Überlegungen, wie privates Kapital eingesammelt werden könnte, um die öffentliche Infrastruktur zu finanzieren und den Sparern dabei zugleich einen Ausweg in Zeiten der Null-Zins-Politik zu weisen, wären gerade jetzt sinnvoll. Modelle von öffentlich-privaten

Partnerschaften gibt es bereits. Aber der Staat könnte auch Infrastruktur-Anleihen begeben, die die Bürger kaufen könnten.

Untersuchungen wie etwa vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln zeigen, dass private Infrastrukturfinanzierungen unter den richtigen Bedingungen die gesamtwirtschaftlich effizientere Beschaffungsform mit großem Nutzen für die Volkswirtschaft und damit jeden einzelnen Steuerzahler sein können.

Das sollte vorurteilsfrei diskutiert werden. Banken, Versicherungswirtschaft und Co. verlangen zwar nach Rendite – aber die ist nicht per se böse. In der Anlage steckt letztlich ja das Ersparte der Bürger.



Wolfgang Leja

Buchegger



Mittlere Reife

Verbände gegen den Aufgabenfundus

Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) schlägt vor, für die Mittlere Reifeprüfung bundesweit einheitliche Standards festzulegen. Der Abschluss soll vergleichbar sein, ähnlich wie beim Abitur. Verbände in Baden-Württemberg sehen den Vorschlag kritisch. Das Kultusministerium hingegen begrüßt ihn.

Von Ayse Derre

Ländersache bleiben, denn Bildungsföderalismus ist unverzichtbar für einen gesunden Wettbewerb unter den Ländern! Dieser Wettbewerb sei sehr erwünscht, lenke er doch die Aufmerksamkeit auf Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik einiger Bundesländer.

„Das spricht aber nicht grundsätzlich gegen einheitliche Bildungsstandards und einheitliche Bewertungen wie von der Kultusministerkonferenz vorgeschlagen. Diese müssen sich freilich an den leistungsstarken Ländern wie Bayern, Sachsen – und nach dem hiesigen bildungspolitisch fatal nachwirkenden Debakel durch ein Grün-Rot-Intermezzo hoffentlich bald auch wieder Baden-Württemberg – orientieren“, sagt Broszat.

In der Tat gibt es seit 2003 auch für den mittleren Schulabschluss Bildungsstandards für die Fächer Deutsch, Mathematik, die erste Fremdsprache (Englisch/Französisch), Biologie, Chemie und Physik. Allerdings gibt es noch nicht den gemeinsamen Aufgabenpool. Derzeit sei dieser, laut Torsten Heil, Pressesprecher der KMK in Berlin, auch nicht geplant.

Der Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Matthias Schneider, rät „vor bundesweit einheitlichen Abschlussprüfungen für den mittleren Bildungsabschluss“ ab. Das Thema Bildungsstandards hingegen sei wichtig. „Die vielen Probleme beim zentralen Aufgabenpool lassen Zweifel an dem Verfahren aufkommen“, so Schneider. Für Heil steht die finale Bewertung des Aufgabenpools noch aus.

Das Kultusministerium warnt davor, Vergleichbarkeit mit Gleichmacherei gleichzusetzen. Schule und Bildung seien föderal organisiert, und das sei auch gut so. Aber eine Vergleichbarkeit mache durchaus Sinn. Eine Sprecherin des Kultusministeriums sagte: „Wir halten den Vorschlag des bayerischen Kultusministers für einen guten Anlass, im Rahmen der KMK auch über einen gemeinsamen Aufgabenpool für die Realschulen nachzudenken.“

STUTTGART. „Wir brauchen höhere Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit“, sagte Spaenle der Deutschen Presseagentur. Die Vergleichbarkeit gibt es seit diesem Jahr bereits für die Abiturprüfung. Länder können sich aus einem gemeinsamen Aufgabenfundus für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch Prüfungsfragen aussuchen.

Beschlossen wurde dies 2012 von der Kultusministerkonferenz (KMK). Zeitgleich einigten sich die Kultusminister der Länder auch auf Bildungsstandards für das Abitur, die als Basis für den Aufgabenpool gelten. Die Standards definieren die Kenntnisse und Fähigkeiten, die die Schüler beim Abitur erlangt haben sollen. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) koordiniert die Entwicklung des Aufgabenpools. Für die Länder ist dieses Angebot freiwillig, dient sie laut IQB letztlich dazu, „einen an Kompetenzen orientierten Unterricht zu fördern“.

Für Spaenle ist dies der richtige Weg. Er schlägt vor, dass man diesen Weg auch für den mittleren Abschluss gehe und über einen Staatsvertrag absichere, denn das sei das stärkste Instrument der Länder, um auf nationaler Ebene Dinge zu vereinbaren.

Bildung ist Sache der Länder. Kritiker werfen Spaenle deshalb vor, eine Vereinheitlichung des Bildungssystems anzustreben. So auch Karin Broszat, Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg. „Bildung muss



Bundesweite Bildungsstandards, sowohl beim Abitur als auch bei der Mittleren Reife, sollen schulische Anforderungen transparenter machen. FOTO: DPA

Sollen die Bundesländer für die mittlere Reife einheitliche Prüfungsstandards einführen?

Die Mehrheit der Landtagsfraktionen unterstützt einheitliche Prüfungsstandards. Allerdings müsste auch weiterhin auf regionale Umstände reagiert werden können.



Sandra Boser, Grüne

Einheitliche Prüfungsstandards können ein Weg hin zu mehr Transparenz und Vergleichbarkeit bei den Schulabschlüssen sein. Schülerinnen und Schüler sollten die Sicherheit haben, dass die Anforderungen an den Abschluss bundesweit gleichwertig sind. Wir werden uns jetzt anschauen, welche Erfahrungen wir mit dem Aufgabenpool für das Abitur machen. Klar ist, dass Bildungspolitik auch weiterhin auf örtliche Gegebenheiten und regionale Umstände reagieren können muss.



Karl-Wilhelm Röhms, CDU

Bundesweite Bildungsstandards stehen für einheitliche Leistungsanforderungen und länderübergreifende Chancengerechtigkeit. Die KMK hat Bildungsstandards bereits mit dem Aufgabenpool für das Abitur hinterlegt. Ein Aufgabenpool für die Mittlere Reife knüpfte daran an. Im Rahmen der Neuordnung der Realschulabschlussprüfung in Baden-Württemberg ist ein höherer Anteil an zentral gestellten Prüfungsinhalten vorgesehen. Ein Aufgabenpool unterstützte das intendierte Qualitätsmanagement und das bundesweite Monitoring.



Rainer Balzer, AfD

Auf den ersten Blick klingt es bestechend, einfach und logisch: überall die gleichen Anforderungen und Prüfungen für alle Schüler! Beim genaueren Hinschauen ergeben sich Dissonanzen, die für eine Angleichung der Prüfungsaufgaben in allen Bundesländern einen erheblichen Übergangszeitraum erforderlich machen. Die Anforderungen sind in jedem Bundesland anders, kaum jemand möchte seine Anforderung absenken. Dass Länder dabei ihr Niveau anheben, wäre sinnvoll, aber die politischen Kräfte weisen bei den Anforderungen eher nach unten!



Gerhard Kleinböck, SPD

Für die Mobilität junger Menschen und die Wirtschaft ist wichtig, dass Schulabschlüsse aus unterschiedlichen Bundesländern vergleichbar sind. Beim Abitur haben wir mit dem gemeinsamen Aufgabenpool einen wichtigen Schritt hin zur besseren Vergleichbarkeit gemacht, der grundsätzlich auch für die Realschulprüfungen sinnvoll ist. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass die Schülerinnen und Schüler trotz unterschiedlicher Bildungspläne in den Ländern auch alle gleichermaßen gut auf die Aufgaben vorbereitet sind.



Timm Kern, FDP

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich. Wer wie wir die Eigenverantwortung der Schulen stärken will, muss umso größeren Wert auf die Vergleichbarkeit der Bildungsziele und -abschlüsse legen. Deshalb haben wir uns in unserem im Jahr 2014 vorgelegten Schulkonzept für einen stabilen Schulfrieden für bundesweit einheitliche Bildungsstandards ausgesprochen. Gemeinsame Aufgabenpools und Prüfungsbestimmungen beispielsweise für die Mittlere Reife sind wesentliche Elemente hiervon.

Quergedacht

Von der Fahrlässigkeit guter Vorsätze

Ein Vorwurf an Journalisten lautet, dass sie oft Äpfel mit Birnen vergleichen. Nach dem Motto: Ist doch einerlei – beides Obst. Um die Erwartungen der Öffentlichkeit nicht zu enttäuschen – unser guter Vorsatz für 2018 – liefern wir sofort ein weiteres Beispiel und vergleichen, was über Jahre hinweg Baden-Württemberg und Österreicher zu ihren Vorsätzen für das neue Jahr offenbart haben. Der Breisgau und Oberschwaben waren ja lange Teil Vorderösterreichs.

Aber die Unterschiede sind markant: So will etwa künftig jeder vierte Südwestdeutsche sparsamer sein, doch nur jeder sechste Österreicher wollte das vor einem Jahr. Mehr Zeit für Familie und Freunde streben 2018 fast 60 Prozent der Badener und Württemberger an, doch nicht einmal halb so viele Österreicher Ende 2016. Sensationell ist der Erfolg beim Einhalten guter

Vorsätze. Laut freilich verschiedenen Forschungsinstituten hat 2017 die Hälfte der Landeskinder ihre Vorsätze mindestens drei Monate durchgehalten und sogar Dreiviertel der Österreicher das gesamte Jahr.

Erstaunlich, geradezu schwindelerregend – oder doch geschwindelt? Schon Oscar Wilde ahnte, auch ohne valides Zahlenmaterial: „Gute Vorsätze sind nutzlose Versuche. Ihr Ursprung ist Eitelkeit, ihr Erfolg gleich Null.“ Wissenschaftler billigen dem Umsetzen von Vorsätzen immerhin eine Erfolgsquote von fünf Prozent zu. Unser Tipp: Das Vorsätze-Fassen ganz sein lassen. Oder nur vornehmen, was in der Top-50-Liste auch auftaucht: „Mehr nein zu sagen.“ Zuwörderst zu guten Vorsätzen, die bald darauf nur ein schlechtes Gewissen nach sich ziehen.

Christoph Müller

Impressum

Staatsanzeiger
Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg
167. Jahrgang

Verlag und Herausgeber
Staatsanzeiger für
Baden-Württemberg GmbH & Co. KG
Breitscheidstraße 69
70176 Stuttgart
(im Auftrag der Landesregierung)

Geschäftsführer:
Joachim Ciresa
Telefon (0711) 6 66 01-0,
Telefax (0711) 6 66 01-19
info@staatsanzeiger.de
www.staatsanzeiger.de

Redaktion
Chefredakteurin: Breda Nußbaum (nuß);
stellvertretende Redaktionsleiterin:
Stefanie Schlüter (schl);
Politik & Verwaltung: Dr. Christoph Müller (crim),
Michael Schwarz (smic), Stefanie Schlüter (schl);

Wirtschaft: Wolfgang Leja (leja);
Kreis & Kommune: Philipp Rudolf (ru);
Bildung & Wissenschaft: Jennifer Reich (jer);
Kultur/Sonderveröffentlichung: Ulrike Raab-Nicolai (raab);
CvD: Barbara Wirth;
redaktion@staatsanzeiger.de

Abo-Service
Telefon (0711) 6 66 01-44,
Fax 6 66 01-34
kundenservice@staatsanzeiger.de
www.staatsanzeiger/shop

Anzeigen
Uwe Minkus
Telefon (0711) 6 66 01-229, Fax (0711) 6 66 01-25
anzeigen@staatsanzeiger.de

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 42,
vom 1.1.2017

Der Abobezugspreis beträgt jährlich 104,- Euro inklusive der Quartalszeitschriften „Momente“, „Schlüssel Baden-Württemberg“ sowie freiem Zugang zum Internetportal „staatsanzeiger.de“ beziehungsweise 214,- Euro zusätzlich mit dem Landesausschreibungsblatt Baden-Württemberg. Die mit Namen und Autorenzeichen versehenen Beiträge geben die Meinung des Autors wieder. Nachdruck nur mit Einwilligung der Redaktion. Die abgedruckten Bekanntmachungen sind geschützt. Die Verwendung ist nur für unmittelbare betriebliche Zwecke der Abonnenten gestattet. Vollständige oder auszugsweise Nachdrucke sowie die Aufnahme in elektronische Datenspeicher sind nur mit schriftlicher Einwilligung des Verlages gestattet.

Druck
Ungeheuer + Ulmer KG GmbH & Co.,
Körnerstraße 14 - 18,
71634 Ludwigsburg

